

Demokratie in der Krise: Sollte man Politiker losen statt wählen?

12.11.2016, 17:01 Uhr

Auslosung statt Wahlen? Was erstmal absurd klingt, ist für manche Wissenschaftler eine echte Alternative zu unserem Wahlsystem. Sie sehen sich durch den Sieg Donald Trumps bestätigt. Die Soziologin Christiane Bender hat sich mit den Vor- und Nachteilen des Losverfahrens beschäftigt.

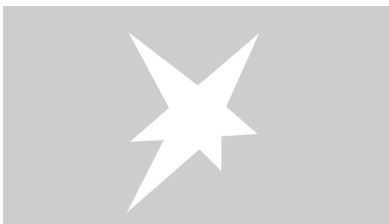
AfD, Ukip, FPÖ, Front National – fast überall sind die Rechtspopulisten auf dem Vormarsch. Jetzt wurde Donald Trump zum US-Präsidenten gewählt. Erst kam die Politikverdrossenheit, dann der Rechtspopulismus. Bei vielen Menschen wächst das Gefühl, dass die Politiker ihres Landes mit den eigenen Bedürfnissen nicht mehr viel zu tun haben und dass Politik immer mehr zum Wahlkampf verkommt.

Einige Wissenschaftler und Autoren plädieren daher für eine Alternative zu unserem Wahlsystem, die sie für demokratischer halten und die erstmal befremdlich klingt: Politik durch Losverfahren. Die Idee: Ganz normale Bürger werden Gremien zugelost, die sich mit Hilfe von Dokumenten und Experten zu einem Thema informieren, beraten und schließlich Entscheidungen fällen oder Entscheidungsvorschläge machen. Anders als bei einem gewöhnlichen Referendum, wo oft mit nur oberflächlichem Wissen über etwas abgestimmt wird und das Manipulationsrisiko hoch ist, soll hier fundiertes Wissen vermittelt und ein sachlicher Diskurs gefördert werden. Befürworter versprechen sich davon, die politische Klasse als Elite zu überwinden, Korruption und Profilierungsdrang entgegenzuwirken und die Politik wieder volksnäher zu machen.

und Maßnahmen eines solchen Verfahrens beschließen.

Frau Bender, die US-Amerikaner haben Donald Trump zum Präsidenten gewählt. Hat Sie das überrascht?

Nein, es hat mich gar nicht überrascht. In den USA gibt es Teile der Bevölkerung, die sich vom politischen System nicht repräsentiert fühlen. Und das entspricht ja auch den Tatsachen. Ökonomisch, politisch und kulturell kommen bestimmte Gruppen wenig bis gar nicht zu Wort. Das zeigt sich sowohl in der Sympathie für Bernie Sanders wie auch bei Donald Trump: Dass diese Menschen jemanden suchen, der ihre Sprache spricht, von dem sie sich erhoffen, dass er ihnen eine Stimme verleiht. Das ist eine Entwicklung, wie wir sie auch in Europa sehen. Das politische Establishment hat sich abgekoppelt von der Lebenswirklichkeit bestimmter Schichten.



PAYPAL-GRÜNDER PETER THIEL

Das ist der Deutsche, auf den Donald Trump hört

Trump in Amerika, die AfD hierzulande, dazu Front National, FPÖ – die Rechtspopulisten scheinen überall auf dem Vormarsch. Steckt die Demokratie in der Krise?

Ja, denn die Demokratie lebt davon, dass das Volk sich am politischen Geschehen beteiligt. Aber inzwischen sind normale Menschen nicht mehr sichtbar im politischen Betrieb. Ein Teil der Bevölkerung findet keinen Zugang mehr zu den Organen der Demokratie, in denen die Gespräche und Diskurse über die Entwicklung des Landes stattfinden. Die Demokratie in

Das liegt auch am Versagen der Volksparteien, wenn es darum geht, sich um ihre Wähler an der Basis zu kümmern.

Führungspersonen in Parteien wählen häufig Menschen in die Gremien, die ihren Vorstellungen entsprechen. Wer zum Beispiel keinen akademischen Abschluss hat, hat es heutzutage schwer. Und wenn man jetzt an die Politiker der Volksparteien denkt, zum Beispiel die der SPD: Deren Kinder haben im Zuge der Bildungsexpansion oft selbst einen sozialen Aufstieg durchlaufen. Aber nicht alle haben den Aufstieg geschafft. Und diese Menschen fallen dann heraus.

Das ist es auch, was viele Hillary Clinton in den USA vorgeworfen haben: Dass sie für ein abgehobenes Establishment steht.

Ja, und man sagt auch, dass sie zu wenig oder gar nicht bei Menschen aufgetreten ist, die etwa ihre Arbeit verloren haben. Sie hat sich nicht bemüht, konkret mit ihnen über ihre Lebensverhältnisse zu sprechen. Was sie sagte, klang immer sehr glatt.

Und warum glauben diese Leute dann, dass ausgerechnet der reiche Donald Trump ihnen eine Stimme verleihen kann?

Wir haben in der Geschichte häufig beobachtet, dass eine Person immensen Zulauf erhält, die ein gewisses Charisma hat und beansprucht, die Lebensverhältnisse dieser Menschen zu kennen. Die wird dann als Gegenmodell gewählt. Das heißt nicht, dass ein solcher "Volkstribun" wirklich die Interessen der

Der belgische Autor und Historiker David Van Reybrouck glaubt, dass Wahlen, wie wir sie kennen, die Demokratie behindern – unter anderem, weil Politiker immer auch auf die eigene Wiederwahl hinarbeiten. Er und auch einige Politikwissenschaftler plädieren für eine Alternative: Das Losverfahren. Wie würde das funktionieren?



KOMMENTAR

AFD-CHEF

Jubelarie auf Trump - Wie Jörg Meuthen sich selbst als Heuchler entlarvt

Das Losverfahren bietet die Chance, den Einfluss des politischen Establishments zu verringern. Es kommt darauf an, wie und worauf es angewandt wird. Beispielsweise in Kanada oder in den Niederlanden gibt es Gremien, die von Bürgern besetzt sind, die dafür ausgelost wurden. Sie sollen für eine begrenzte Zeit einen Auftrag erfüllen und einen Entscheidungsvorschlag ausarbeiten, den sie dann an das Parlament weiterreichen. Manche Befürworter des Verfahrens fordern sogar, alle Mitglieder des Parlaments auslosen zu lassen.

bliden, aus denen dann Vertreter ausgelost werden. Das wäre ich für keine gute Idee. Wenn alle Abgeordneten im Parlament durch Losen bestimmt würden, bedeutet das außerdem, dass die Bürger und Bürgerinnen sich für niemanden bewusst entscheiden können, sie zu vertreten. Freie Wahlen sind eine großartige Erfindung und gehören zur Demokratie. Beim Losverfahren können die Wähler sich jedoch kaum über die Abgeordneten informieren. Der Vorzug etwa des deutschen Systems ist, dass die Parteien auf bestimmte Programme festgelegt sind. Die Bürger können einer Partei einen Wählerauftrag geben, sie dann daran messen, was sie leistet - und sie auch gezielt wieder abwählen. Wenn man das gesamte Personal auslost, würde das sehr viel schwieriger sein.

Was würden Sie vorschlagen?

Mein Kollege Hans Graßl und ich haben vor zwei Jahren einen Vorschlag gemacht, der das repräsentative System nicht ersetzen, aber ergänzen würde. Man könnte fünf Prozent der Parlamentssitze an Menschen verlosen, die an der regulären Wahl teilgenommen haben. Wer nicht an der Verlosung

car

#THEMEN [Donald Trump](#) • [Demokratie](#) • [Krise](#) • [Wahlsystem](#)
• [AfD](#) • [FPÖ](#) • [Front National](#) • [Donald](#) • [USA](#) •
[Freiheitliche Partei Österreichs](#) • [UKIP](#) • [Wahlkampf](#) •
[Korruption](#) • [Helmut-Schmidt-Universität](#) • [Hamburg](#) • [Amerika](#)